FS-05

Zielorientiert handeln im Ukraine-Konflikt!

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Gremium:	KV Warendorf
Beschlussdatum:	25.08.2022
Tagesordnungspunkt:	FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Antragstext

Bündnis 90/Die Grünen verurteilt den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Unabhängig von der Vorgeschichte, die Anlass zur Kritik an verschiedene Akteure ermöglicht, kann der Bruch des Völkerrechts und die Missachtung des Prinzips der unverrückbaren Grenzen nicht hingenommen werden. Die russische Regierung hat durch den Beginn dieses Krieges eine dynamische und kaum kontrollierbare Entwicklung angestoßen, die Todesopfer und Leid mit sich gebracht hat, weiter mit sich bringen wird und die das Ziel des friedlichen Zusammenlebens der Europäischen Staaten missachtet und dauerhaft gefährdet. Das akzeptieren wir nicht, und wir stellen uns in diesem Krieg klar an die Seite der Ukraine.

Das Engagement Deutschlands in diesem Konflikt soll folgende Ziele verfolgen:

- Russland darf seine Ziele in diesem Krieg auf keinen Fall erreichen, um nicht zu einem weitergehenden entsprechenden Vorgehen ermutigt zu werden.
- Tod und Leid auf Seiten der ukrainischen Soldatinnen und Soldaten, der ukrainischen Bevölkerung und auch auf Seiten der russischen Armeeangehörigen muss so gering wie möglich gehalten und so schnell wie möglich beendet werden.
- Es muss eine Ausgangslage für die Herstellung einer neuen und tragfähigen europäischen Friedensordnung erreicht werden.

Das erste dieser Ziele gebietet, dass die Ukraine in ihrem Verteidigungskampf unterstützt werden muss. Dafür müssen die Ressourcen der russischen Armee möglichst weit gekürzt werden. Zu diesem Zweck sind wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland und Waffenlieferungen zur Verteidigung an die Ukraine unumgänglich.

Das zweite Ziel gebietet ebenfalls, den russischen Vormarsch zu stoppen und dadurch den Punkt zu finden, ab dem an Verhandlungslösungen gearbeitet werden kann. Das Anhalten des russischen Vormarsches sollte aus westlicher Sicht nicht alleine als Frage der militärischen Kraft der ukrainischen Armee betrachtet werden, denn die Entscheidung wird auf jeden Fall von Russland getroffen. Wir gehen davon aus, dass die Lage der Russischen Wirtschaft und damit auch die Versorgung der Invasionsarmee in den nächsten Monaten schwieriger wird, und dass das der russischen Führung bewusst ist. Sie wird entscheiden müssen, den Konflikt entweder eskalieren zu lassen oder zu stoppen und das bisher Erreichte zu sichern. Deshalb sollte schleunigst eine Westeuropäische Koalition gebildet werden, die gemeinsam und konsequent eine Doppelstrategie verfolgt: Die Mittel zur Begegnung einer weiteren Eskalation müssen jetzt schon bereitgestellt werden und gleichzeitig muss ein Katalog der verhandelbaren Gegenstände für den Fall eines Waffenstillstandes vorgelegt werden. Dieser Katalog sollte im Wesentlichen auf den Minsk-Abkommen beruhen, die Zustimmung der Ukraine

muss für die weitere Unterstützung der Ukraine vorausgesetzt werden. Durch dieses Vorgehen dürfte eine Eskalation des Konfliktes für Russland wesentlich unattraktiver und ein Waffenstillstand akzeptabel werden. Am Ende muss ein vollständiger Abzug der russischen Armee aus ukrainischem Gebiet stehen. Eine Europäische Koalition soll nicht an den Strukturen der EU hängen, da es keinen Sinn macht, dazu auch erst Bedingungen zu erfüllen und Verhandlungen zu führen. Großbritannien, Frankreich, Spanien, die Benelux-Staaten und Deutschland und weitere, die dazu kommen wollen, können Russland Paroli bieten. Diese Staaten werden es auch sein, die eine zukünftige Europäische Friedensordnung prägen.

Es muss drittens jetzt schon deutlich gesagt werden, dass wir mittelfristig wieder eine konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Russland im Rahmen einer Europäischen Friedensordnung anstreben. Russland ist unser Nachbar. Mit einer Regierung unter der Führung Putins wird das sicherlich schwierig, muss aber prinzipiell auch möglich sein. Die Wahl der Regierung obliegt einzig der russischen Bevölkerung. Wichtig ist, dass wir bei unserem Engagement zur Beendigung des Krieges in der Ukraine und zur Beilegung des Konfliktes die Wege hin zu einem neuen friedfertigen Umgang im Auge behalten.

Begründung

Mit dem Krieg in der Ukraine haben wir, gerade für unsere friedensorientierte Partei, einen unerträglichen Zustand direkt vor unserer Haustür. Wir müssen mit Hinblick auf die Opfer dieses Krieges und auch vor dem Hintergrund der existenziellen Zwillingskrise aus Klimaveränderungen und Artensterben schnellstens einen Ausweg aus diesem Krieg und aus dem Konflikt finden. Schnelles und entschlossenes Handeln ist erforderlich. Wir sollten als Partei einen sichtbaren Beitrag leisten, uns dem Problem stellen und unseren Mitgliedern und Anhänger*innen eine Orientierung bieten.